

## KURZ NOTIERT

von Luise Malchert

Die Autorin ist Regionalwissenschaftlerin für den Bereich Südostasien.

### Das neue Gewerkschaftsgesetz - Bilanz nach einem Jahr

Das im April 2012 erlassene Gewerkschaftsgesetz (Labour Organization Law) ermöglicht die Gründung von Gewerkschaften und erlaubt Arbeiterstreiks. Damit erhalten Arbeiterinnen und Arbeiter in Myanmar erstmals seit dem Militärputsch 1962 wieder das Recht, sich zu organisieren.

Bereits über 390 Gewerkschaften haben sich gebildet und damit die lange unterdrückte Arbeiterbewegung ein Stück weit wieder belebt. Arbeitskämpfe

finden in den letzten Monaten in kleinen und großen Textilfabriken, in Bergwerken und Industriegebieten statt. Der Unmut der ArbeiterInnen wird meist durch Niedriglöhne, harte Arbeitsbedingungen, lange Arbeitszeiten und fehlendem Schutz vor Kündigung genährt. Das Gesetz ist ein positiver Impuls. Trotzdem wissen ArbeiterInnen, Staatsangestellte und ArbeitgeberInnen oftmals nicht, wie sie mit diesem neuen Gesetz umgehen sollen.

Das Recht, eine Gewerkschaft zu gründen, wird vielfach ignoriert oder mit Entlassung bestraft.

Myanmars Kapital sind seine billigen und im Überfluss vorhandenen Arbeitskräfte, die Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen ist gängige Praxis. Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt bei 37 Prozent, in einem Land, in dem mehr als ein Viertel seiner Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt.

*The Straits Times*, 12.2.2013

*ILO*, 30.4.2013

### Ressourcenpoker bedroht Friedensprozess

Die Kontrolle über natürliche Ressourcen und der gesicherte Zugriff internationaler und einheimischer Investoren darauf obliegt seit langem dem myanmarischen Militär. Mit der Aufhebung der Sanktionen und der Akzeptanz Myanmars als Wirtschaftspartner und vielversprechendem Rohstoff- und Energielieferanten wird dies noch deutlicher.

In der Stromgewinnung aus Wasserkraft sieht Myanmar großes Potential, ganz zur Freude der Nachbarn China und Thailand. Chinas chronische Unterversorgung mit Elektrizität und Thailands starke Umwelt- und Bürgerbewegungen

gegen Staudämme im eigenen Land mobilisieren massive Investitionen in Myanmar und drängen auf den Bau von Staudämmen. Allein für den Salween Fluss wurden bereits sechs Staudammprojekte von der Regierung genehmigt. Geldgeber sind chinesische Firmen und Thailands staatliches Energieversorgungsunternehmen EGAT.

Kritik gegen diese und weitere geplante Staudämme schüren Berichte über Menschenrechtsverletzungen in den militarisierten Baugebieten. Landenteignung, Vertreibung, Zwangsarbeit und Vergewaltigung schüren Angst und Unmut unter der Bevölkerung. 2009

führte die Armee eine Offensive gegen die lokale Bevölkerung am Kunlong Staudamm durch. 30.000 Menschen flohen über die chinesische Grenze.

Viele Staudamm-Projekte sind in Konfliktregionen geplant, wo sich weiterhin Armeen ethnischer Minderheiten mit Regierungstruppen Gefechte liefern. Die in letzter Zeit stattgefundenen massive Truppenbewegung der myanmarischen Armee in Gebiete, wo Staudämme geplant sind, schürt den Konflikt und untergräbt jede Friedensinitiative.

*Mizzima*, 18.3.2013

*Irrawaddy*, 7.5.2013

### Zivilgesellschaft im Spiegel anti-muslimischer Gewalt

Zivilgesellschaft ist nach Antonio Gramsci jener Ort, wo Auseinandersetzungen um Hegemonie stattfinden, und wo Einfluss auf den Alltagsverstand ausgeübt wird. Myanmars Zivilgesellschaft wurde lange Zeit von der Militärnahen *Union Solidarity and Development Association* (USDA) dominiert, welche in alle Lebensbereiche der Menschen vordrang. Nach der Umwandlung der USDA in die regierende Massenpartei hat sich das Gesicht der Zivilgesellschaft verändert. Zudem sorgt die neue Medien- und Rede-

freiheit für eine Explosion privater Medien und Kommunikation.

Was kritische Blogger und die freie Meinungsäußerung schützt, dient aber auch antidemokratischen Kräften. Ganz oben auf der Hitliste stehen anti-muslimische, pro-militärische und gegen die politische Opposition gerichtete Inhalte. Federführend ist die Website *MyanmarExpress.net*, die ihre Leser zum Hackerangriff auf die Website der freien Zeitung *Eleven Media* aufruft. Eine neue anti-muslimische Bewegung unter

dem Banner 9-6-9, forciert von buddhistischen Mönchen, breitet sich rasant im ganzen Land aus. Auf sozialen Medien, besonders Facebook, ist 969 omnipräsent, ruft zu Hetzkampagnen gegen Muslime im Land und zum Boykott muslimischer Geschäfte auf. Anti-muslimische Ausschreitungen in Meiktila, Bago und weiteren Städten im März 2013 sind der jüngste Höhepunkt einer wachsenden Gewaltwelle gegen Muslime.

*Asia Sentinel*, 22.3.2013

*Bangkok Post*, 21.4.2013